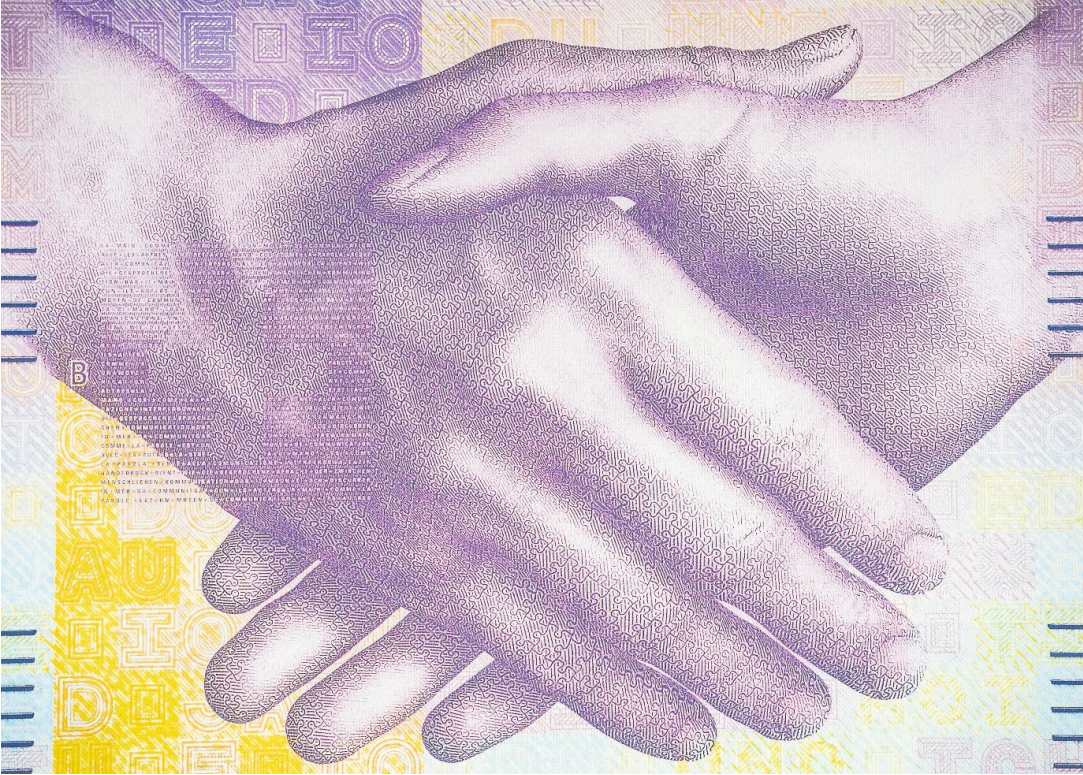




Wie soll die SNB mehr auszahlen, ohne wirtschaftspolitischen Flurschaden anzurichten? ENNIO LEANZA / KEYSTONE

Die Nationalbank ist nicht das Schlaraffenland

Wie können die Schulden aus der Corona-Krise abgebaut werden? Viele fordern, Erträge aus den Währungsreserven der SNB in die Arbeitslosenversicherung zu leiten. Das ist keine gute Idee. Gastkommentar von Reto Föllmi

Die Kosten der Corona-Krise sind dramatisch. Der Bundesrat rechnet mit einem Defizit von 30 bis 50 Milliarden Franken im Bundeshaushalt, und die Arbeitslosenversicherung wird trotz Milliardenzuschuss tieftrote Ergebnisse vorweisen. Es ist sinnlos, in der Krise die Ausgaben zu kürzen oder, noch schlimmer, Steuern und Lohnbeiträge zu erhöhen. Aber irgendwann müssen die Löcher gestopft werden. Woher soll man das Geld hierfür nehmen? In den letzten Tagen wurden die Rufe lauter, Erträge aus den Währungsreserven der Schweizerischen Nationalbank (SNB) in die Arbeitslosenversicherung (ALV) zu leiten und die zusätzlichen Schulden des Bundes zurückzuzahlen. Bereits vor der Covid-19-Pandemie machte darüber hinaus der Vorschlag die Runde, mithilfe von SNB-Geldern die Klimawende zu meistern und die AHV zu sanieren.

Die hohen Reserven und die jüngsten Sonderausschüttungen der SNB haben schon jetzt den Effekt, dass kurzzeitig politische Wünsche aller Art – vom grünen Umbau der Wirtschaft über die Unterstützung der Bauern bis zur Finanzierung von Profi-Sportvereinen – quasi gratis finanzierbar erscheinen. Die Meinung darüber, welche Bereiche besonders förderungswürdig erscheinen, wechselt aber selbstredend im Verlaufe der Zeit. Erhöhen sich nun die Ausschüttungen der SNB, liegt es für die Politik nahe, für dieses Manna vom Himmel eine Zweckbindung für eine bestimmte Interessengruppe zu fordern, weil man das Geld ja scheinbar niemand anderem wegnehmen muss. Dies führt aber nur zu weiteren Begehrlichkeiten und letztlich dazu, dass schlechte Ideen im politischen Prozess weniger aussortiert werden. Dieser Teufelskreis eines politischen «rent-seeking» kann nicht im Interesse der Schweiz sein.

Ebenso gefährlich wäre eine Zweckbindung der Ausschüttung für die SNB selber. Um die Preisstabilität unter Berücksichtigung der Konjunktur zu sichern, muss sie die Geldpolitik unabhängig führen. Wenn die SNB am Devisenmarkt interveniert, kann sie nicht gleichzeitig auch die Erträge, etwa für die AHV, im Blick haben. Eine zu hohe Ausschüttungserwartung engt den Spielraum der SNB ein. Angenommen, sie will die Währungsreserven aus geldpolitischen Gründen in Zukunft vermindern, reduzieren sich auch die Erträge daraus. Eine verstetigte Ausschüttung an ein Sozialwerk sendet damit ein fatales geldpolitisches Signal: Die Währungsreserven dürfen gar nicht zu stark fallen, weil sonst die Ausschüttung in Gefahr wäre. Wenn die SNB gar systematisch zur Finanzierung von Staatsschulden herangezogen würde, nähme die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik grossen Schaden.

Um die Diskussion, wie die Erträge der SNB verwendet werden sollen, werden wir aber schon aufgrund des schieren Volumens der Währungsreserven nicht herumkommen. Die SNB legt ihre Reserven in Anleihen und zu einem geringeren Anteil in Aktien an, mittelfristig ist auf einem solchen Portfolio wohl eine Realverzinsung von gegen 2 Prozent möglich. Wenn wir bei Währungsreserven von 800 Milliarden Franken bleiben, kann man also durchschnittlich mit Erträgen von rund 15 Milliarden Franken pro Jahr rechnen. Natürlich braucht die SNB gerade

Würde die SNB systematisch zur Finanzierung von Staatsschulden herangezogen, nähme die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik grossen Schaden.

in der jetzigen Krise ein Polster, aber die bisherige Ausschüttung von 2 bis 4 Milliarden Franken wird auf Dauer kaum haltbar sein.

Wie soll aber die SNB mehr auszahlen, ohne wirtschaftspolitischen Flurschaden anzurichten und ohne auf Dauer von der Politik an ein überhöhtes Ausschüttungsniveau gebunden zu werden, das geldpolitisch auf lange Frist nicht haltbar wäre? Das Problem der hohen Ausschüttungen fusst wie dargelegt darauf, dass gut organisierte Lobbyisten ihre Forderungen leicht als «gratis finanzierbar» darstellen können. Eine allfällige Mehrausschüttung muss daher an eine möglichst breite Gruppe gehen, die nicht im politischen Prozess instrumentalisierbar ist. Die Währungsreserven sind entstanden, um den Franken nicht zu stark aufwerten zu lassen. Netto hat also die SNB – statt Privatunternehmen oder Einzelpersonen – einen wesentlichen Teil des Schweizer Leistungsbilanzüberschusses im Ausland investiert. Überdies ist die SNB ohnehin ein Teil der öffentlichen Hand. Eine Ausschüttung direkt an die steuerzahlenden Haushalte und Firmen liegt darum nahe, das ist die breitestmögliche Gruppe, und so wird verhindert, dass Partikularinteressen bedient werden. Eine Mehrausschüttung könnte so ausgestaltet werden: Bei den Mehrwertsteuern oder – einfacher – bei den Einkommens- und Gewinnsteuern wird ex post aufgrund der Ausschüttung ein Steuerrabatt gewährt.

Dank dem Steuerrabatt würden die Erträge aus dem SNB-Vermögen so teilweise direkt in die Privatwirtschaft zurückfliessen, was die Wirtschaft in ihrem Aufholprozess nur unterstützen kann. Das Wirtschaftswachstum dank der verminderten Steuerlast wird eine Rückführung der angewachsenen Staatsschuld erleichtern, allerdings ohne toxische Nebenwirkungen für eine verlässliche Wirtschaftspolitik und ohne die Glaubwürdigkeit der Geldpolitik infrage zu stellen.

Reto Föllmi ist Professor am Schweizerischen Institut für Aussenwirtschaft und Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität St. Gallen.

Vor wenigen Jahrzehnten gehörte es in Deutschland zum guten Ton, prinzipiell alles zu hinterfragen, ganz besonders die Regierung. Das lernte man sogar in der Schule, so sehr, dass man sich bisweilen fragte, ob diese Dauerrebellion nicht auch eine Form von Konformität erzeuge. Niemand hätte Kritiker, egal welcher Couleur, ohne weiteres mit Verschwörungstheoretikern assoziiert. Heute macht sich ein neuer Konformitätsdruck breit, der verstörend ist. Und der neuerdings selbst Menschen pauschal als «rechts» abwertet und mit «Verschwörungstheoretikern» in einen Topf wirft, die für Grundrechte und Verfassungstreue demonstrieren.

Kritik, selbst unberechtigte, ist ein wichtiges Korrektiv. Dass der Lockdown nicht widerspruchsfrei von allen hingenommen würde, war vorhersehbar. Zumal Grundrechtseinschränkungen in dieser Form in der Bundesrepublik bis anhin einmalig sind. Sie müssen zudem zeitlich begrenzt sein und regelmässig begründet werden. Vertagungen auf unbestimmte Zeit («bis ein Impfstoff da ist») sind da in der Tat etwas vage.

Als der Lockdown verkündet wurde, hiess es, es gehe darum, die Krankenhäuser zu entlasten. Nun stehen Intensivbetten leer, aber Normalität, so meinen die Befürworter, etwa Bill Gates, könne es erst geben, wenn ein Impfstoff verfügbar sei. Aus seiner Perspektive ist das nachvollziehbar, er hofft, am Impfstoff zu verdienen. Das ist absolut nicht verwerflich und sein gutes Recht – aber es ist eine Privatmeinung.

«Covidioten» oder «Masern-Leugner»?

Ebenso legitim sind Fragen wie: Sollen wir künftig bei jeder neuen Krankheit monate-, vielleicht jahrelang unsere Bürgerrechte einschränken? Wer garantiert die Sicherheit und regelmässige Löschung der Daten, die etwa beim Restaurantbesuch erhoben werden? Wird womöglich doch durch die Hintertür eine Impfpflicht eingeführt,

Der kurze Weg zur Verschwörungstheorie

Es befremdet, wenn Demonstrationen nicht als positives Signal einer funktionierenden Demokratie wahrgenommen werden. Die Anwesenheit von Rechten darf nicht alle Teilnehmer unter Verdacht stellen. Gastkommentar von Agnes Imhof

etwa indem die Ausübung bestimmter Grundrechte nur noch mit Immunitätsausweis möglich ist? Sind es dann überhaupt noch Grundrechte?

Die Frage nach der Verhältnismässigkeit ist daher nicht nur legitim, sondern muss sogar permanent gestellt werden. Stattdessen werden Zweifler als «Covidioten» oder «Corona-Leugner» – seltsam, dass es keine «Masern-Leugner» gibt – diffamiert. Es unterdrückt jede seriöse Auseinandersetzung mit einem Thema, wenn abweichende Meinungen reflexartig als «rechts» diffamiert werden.

Die Anwesenheit von Rechten und Verschwörungstheoretikern auf einer Demonstration macht

auch noch lange nicht alle Teilnehmer zu Rechten und Verschwörungstheoretikern. Nach dieser Logik dürfte überhaupt keine Demonstration mehr stattfinden, weil man bei keiner Demonstration der Welt im Vorfeld wissen kann, wer kommt. Ja, man könnte sogar fragen, ob diese Behauptung nicht das Demonstrationsrecht auf unzulässige Weise verletze: Denn wer demonstriert noch, wenn er Angst haben muss, als Rechter diffamiert zu werden, nur weil die Falschen mitgelaufen sind? Übrig bleiben dann die tatsächlichen Rechten.

Es ist befremdend, dass Demonstrationen nicht als positives Signal einer funktionierenden Demo-

kratie wahrgenommen werden. Schliesslich ist man in Deutschland aus gutem Grund sensitiv bei Notverordnungen – und ein Lockdown ist im Grunde nichts anderes. Denn die Verordnung des Reichspräsidenten zum Schutz von Volk und Staat vom 28. 2. 1933 («Reichstagsbrandverordnung»), welche die Bürgerrechte ausser Kraft setzte, ebnete den Weg zur nationalsozialistischen Gleichschaltung und Verhaftung von Regimegegnern; sie ermöglichte erst den Aufbau eines totalitären Regimes. Wer die Demonstranten pauschal als «Rechte» beschimpft, sollte sich in Erinnerung rufen, wie die Nazis ihre Diktatur errichteten: mit Demonstrationen für Bürgerrechte jedenfalls nicht.

Söder und die AfD

Wenn Markus Söder verkündet, hinter den Corona-Protesten stecke die AfD, obwohl sich dort jede Menge Impfgegner – und damit nicht gerade die klassische Klientel der AfD – tummeln, dann stellt sich die Frage: Hat jemand, der hinter jeder Kritik am eigenen Vorgehen sofort reflexartig die «Rechten» wittert, womöglich ein generelles Problem mit Kritik? Schliesslich fährt auch Tesla seine Werke in Kalifornien trotz Verbot wieder hoch. Elon Musk nannte die Beschränkungen «faschistisch», indes dürfte er kaum von der AfD beeinflusst sein. Es sei denn, Söder weiss etwas, was sonst niemand weiss.

Übrigens ist auch nicht jede Verschwörungstheorie gefährlich. Mitunter können solche Geschichten sogar recht unterhaltsam sein. Eine flimmerte unter dem Titel «Akte X» jahrelang zur besten Sendezeit weltweit über die Bildschirme: In dieser TV-Serie glaubte der Held fest daran, dass seine Schwester von Aliens entführt und die Sache von der Regierung vertuscht worden sei.

Agnes Imhof ist Religionswissenschaftlerin, Philosophin und Publizistin. Zuletzt von ihr erschienen: «Dummerweise hochbegabt», Beltz-Verlag (2018).